

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2154

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2154



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Aufruf zur Einbürgerung: Mitbestimmung statt Ausgrenzung!

Zum Bundesfeiertag vom 1. August rufen die SP MigrantInnen zur Einbürgerung auf. Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung – über zwei Millionen Menschen – haben kein Stimm- und Wahlrecht. Sie sind vom politischen Prozess faktisch ausgeschlossen. Sie bezahlen zwar Steuern, können aber nicht mitbestimmen. **Dieses Demokratiedefizit muss endlich behoben werden. Denn ohne politische Teilhabe ist der Weg zur erfolgreichen Integration stark erschwert.** Aber leider ist keine Verbesserung in Sicht. Im Gegenteil, die bürgerlichen Parteien verschärfen laufend die Vorgaben für die Einbürgerung. Im europäischen Vergleich ist die Einbürgerung in der Schweiz schwierig und teuer. Es erstaunt nicht, dass die Einbürgerungszahlen aktuell rückläufig sind.

Die SP MigrantInnen fordern, dass Einbürgerungshürden abgebaut werden. Gebühren müssen gesenkt, Aufenthaltsfristen verkürzt werden. Die Sprachanforderungen sind wieder zu vereinfachen, der Spracherwerb ist durch die öffentliche Hand zu fördern. Härtefallklauseln sollen den jeweiligen persönlichen Umständen – beispielsweise alters- und ausbildungsbedingten Einschränkungen – mehr Gewicht verleihen. Eine Protokollierungspflicht und das Recht auf Begleitung sollen dazu beitragen, Willkür und Zufall im Einbürgerungsverfahren einen Riegel zu schieben. Diskriminierung – beispielsweise die systematische Ablehnung von Gesuchstellenden aus bestimmten Herkunftsländern – ist nötigenfalls auf dem Rechtsweg zu bekämpfen. Die bestehenden Informations- und Beratungspflichten von Bund, Kantonen und Gemeinden müssen endlich umgesetzt werden.

Über eine Million Menschen in unserem Land, die keinen Schweizer Pass haben, erfüllen von den Fristen her die Einbürgerungsvoraussetzungen. Aufgrund der extrem bürokratischen Verfahren und der hohen Gebühren stellen sie kein Gesuch. Wir erinnern uns an die Geschichte von Funda Yilmaz aus Buchs (AG) und die Hindernisse, die ihr im Einbürgerungsverfahren in den Weg gelegt wurden. Ungerechtigkeit und Willkür hätten fast dazu geführt, dass ihr der Schweizer Pass verweigert wurde. Doch sie wehrte sich – und bekam Recht. Heute kandidiert Funda Mignogna-Yilmaz auf der Liste der SP MigrantInnen im Kanton Aargau für den Nationalrat.

Aus der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation machten die Rechten eine Grundsatzfrage. Doch stimmten am 12. Februar 2017 über 60% der Stimmenden der Vorlage zu: Ein starkes Signal, dass eine Mehrheit das Einbürgerungsverfahren grundsätzlich erleichtern will. **Die SP MigrantInnen unterstützen denn auch die Forderung der Zürcher SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch nach Einführung des Ausländer_innenstimmrechts für kommunale Fragen.** Es ist sehr erfreulich, dass die Zürcher Stadtregierung nun eine entsprechende Behördeninitiative beim Kantonsrat einreichen will.

Die SP MigrantInnen Schweiz rufen alle Menschen ohne Schweizerpass, die die Einbürgerungsbedingungen erfüllen, auf: Lassen Sie sich einbürgern! Es kann aber schwierig sein, diese Hürde allein zu meistern. Die SP MigrantInnen unterstützen

1

deshalb alle Einbürgerungswilligen. Sie können sich hier melden: <https://www.sps.ch/de/einbuengerung>.

Die SP MigrantInnen rufen alle Gemeinden in der Schweiz auf, Einbürgerungswillige zu unterstützen. Personen mit C-Bewilligung, die die Wohnsitzfristen erfüllen, sollen aktiv informiert werden. Kantone und Gemeinden sollen regelmässig öffentliche Informationsveranstaltungen zum Einbürgerungsverfahren anbieten und alle nötigen Informationen online leicht zugänglich zu machen.

Wir danken für die Kenntnisnahme und Veröffentlichung.

Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz

Osman Osmani, Françoise Bassand, Mike Kabongi und Grazia Tredanari (Mitglieder des Präsidiums der SP MigrantInnen Schweiz)

Kontakt:

- Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz (079 353 07 18)
- Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin SP Schweiz (079 222 31 40)

Mehr Infos zu den SP MigrantInnen: www.spschweiz.ch/migrantinnen